

Protokoll

der Einwohnergemeindeversammlung Rothrist vom Donnerstag, 27. November 2025, 20.00 Uhr, im Gemeindesaal Rothrist

Vorsitz: Dr. Ralph Ehrismann, Gemeindeammann
Protokollführer: Stefan Jung, Gemeindeschreiber

Stimmzähler: Christoph Hänni
Peter Nützi
Cornelia Plüss
Heinz Rüegger

Stimmberechtigte laut Stimmregister: 5'796

Anwesende Stimmberechtigte: 401

Nachdem weniger als 1160 Stimmberechtigte anwesend sind (20 % aller Stimmberechtigten), unterstehen alle Beschlüsse dem fakultativen Referendum.

Gemeindeammann Ralph Ehrismann begrüsst zur heutigen Einwohnergemeindeversammlung, welche durch das Jodlerdoppelquartett Rothrist musikalisch eröffnet wurde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladungen zur Gemeindeversammlung rechtzeitig verschickt wurden. Die Unterlagen lagen während 14 Tagen vor der Versammlung in der Gemeindekanzlei öffentlich auf und waren auch im Internet einsehbar. Auf Wunsch konnten die vollständigen Unterlagen bei der Gemeindekanzlei in Papierform angefordert werden.

Der Vorsitzende stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Herr **Angelo Ries** beantragt, zuerst über das Budget abzustimmen. Wenn dieses abgelehnt wird, erübrigt sich eine Abstimmung über die beiden Stellenplanbegehren. **Der Gemeindeammann** erklärt, dass dies im Umkehrschluss bedeuten würde, dass bei einer Annahme des Budgets automatisch auch die Stellenplanbegehren

bewilligt wären. Er weist an dieser Stelle eindringlich darauf hin, dass es heute unbedingt das Ziel sein muss, zu einem genehmigten Budget zu kommen. Einfach das Budget abzulehnen, ist keine Lösung. Ohne genehmigtes Budget dürfen nur die zwingend nötigen Ausgaben getätigt werden, das nützt niemandem etwas. Die Stimmberechtigten haben aber die Möglichkeit, Anträge zum Budget zu stellen.

In der anschliessenden Abstimmung wird der Antrag von Angelo Ries mit 190 Nein- zu 91 Ja-Stimmen abgelehnt. Die traktandierten Geschäfte werden somit in unveränderter Reihenfolge behandelt.

Der Vorsitzende bittet alle Redner, ans Mikrofon zu treten und ihren Namen bekannt zu geben.

TRAKTANDUM 1

Protokoll

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 12. Juni 2025 wurde von der Finanzkommission geprüft und für in Ordnung befunden. Das Protokoll wurde allen Rednern und weiteren Interessierten zugestellt und konnte auch im Internet unter www.rothrist.ch eingesehen werden.

Das Protokoll wird diskussionslos genehmigt.

TRAKTANDUM 2

Stellenplanerhöhung Abteilung Steuern

Gemeindeammann Ralph Ehrismann erwähnt, dass der bewilligte Stellenplan der Abteilung Steuern seit dem Jahr 2016 520 % beträgt. In den vergangenen zehn Jahren hat die Anzahl Steuerpflichtiger in Rothrist von 5'300 auf rund 5'800 zugenommen, das entspricht einer Zunahme um rund 10 Prozent.

Zusätzliche administrative Aufgaben infolge Bautätigkeit, Zu-, Um- und Wegzügen haben zu viel mehr Arbeit geführt. Die Abteilung Steuern wird auch vermehrt um Steuerauskünfte angefragt. Ausserdem sind viele Dossiers aufwändig, vor allem bei den Sondersteuern oder Grundstückgewinnsteuern. Der Kanton gibt vor, welcher Anteil der Steuerveranlagungen bis Ende Jahr erledigt sein muss. Diese Vorgaben können nur noch sehr knapp eingehalten werden.

Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat, für die Abteilung Steuern 50 zusätzliche Stellenprozente zu bewilligen, damit auch in Zukunft eine professionelle und qualitativ hochstehende Veranlagungstätigkeit gewährleistet werden kann.

Herr **Heinz Wittwer** findet es eine Frechheit, dass eine Stellenplanerhöhung bewilligt werden soll, obwohl die Gemeinde gar kein Geld hat.

Der Gemeindeammann entgegnet, dass die Abteilung Steuern verpflichtet ist, gewisse Aufgaben zu erledigen. Dafür braucht es genügend Mitarbeitende. Wenn diese täglich merken, dass sie die Vorgaben des Kantons bis Ende Jahr nicht erfüllen können, ist das kein attraktiver Arbeitsplatz.

Herr **Dario Pendes** hätte erwartet, dass der Aufwand eher abnimmt, weil immer mehr digitalisiert wird. Er geht davon aus, dass die Rothrister die Steuererklärung vermehrt elektronisch ausfüllen. **Der Gemeindeammann** erklärt, dass es nicht um das Ausfüllen, sondern um das Kontrollieren der Steuererklärungen geht, hier wird der Aufwand immer grösser.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, lässt der Gemeindeammann abstimmen. Die Stellenplanerhöhung der Abteilung Steuern von 520 % auf 570 % wird mit 170 Ja- zu 152 Nein-Stimmen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Stellenplanerhöhung Schulsozialarbeit

Gemeinderat Philipp Steffen erläutert dieses Traktandum. Die Fallzahlen in der Schulsozialarbeit sind in den letzten Jahren extrem gestiegen. Nachgelagerte Beratungsstellen wie die Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienste oder der Schulpsychologische Dienst sind stark überlastet. Dies führt dazu, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler länger von der Schulsozialarbeit betreut werden müssen. Die Niederschwelligkeit ist nicht mehr gewährleistet, weil es an der nötigen Zeit fehlt.

An der Informationsveranstaltung wurde die Aussage gemacht, es handle sich um ein gesellschaftliches Problem. Wir sind uns wahrscheinlich nicht ganz bewusst, welcher Druck auf vielen Familien lastet, sei es am Arbeitsplatz oder finanziell. Das Weltgeschehen ist auch nicht so einfach. In vielen Familienkonstellationen leiden die Kinder unter dieser Situation. Die Polizei muss vermehrt wegen häuslicher Gewalt ausrücken, vieles artet aus.

Ein grosses Problem ist im Moment auch der Absentismus, viele Schülerinnen und Schüler schwänzen den Schulunterricht. Weitere Themen sind Depressionen, Suizidgedanken, Essstörungen, Ritzen, Cybermobbing. Die Schulsozialarbeit kann den betroffenen Kindern helfen oder sie weitervermitteln. 90 % der Fälle werden der Schulsozialarbeit von den Lehrpersonen zugewiesen.

Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat 40 Stellenprozente mehr, damit unsere Schulsozialarbeitenden den betroffenen Kindern schnell helfen können.

Frau **Marianne Kamber** anerkennt, dass der Sozialdienst immer mehr belastet ist. Wir haben jedoch extra Klassenlehrpersonen, welche sich diesen Kindern annehmen. Alle Eltern wollen nur das Beste für ihr Kind. Denjenigen Kindern, die ge-

schwächt sind, soll mit der Schulsozialarbeit eine ordentliche Unterstützung geleistet werden. Die Schulsozialarbeit ist aber nicht dazu da, um Querulanten oder Kinder, die ständig zu spät zum Unterricht erscheinen, zu unterstützen. Die Schulsozialarbeit muss differenzieren und die Schnittstelle mit den Klassenlehrpersonen definieren: Wo haben wir Querulanten und wo haben wir Kinder, die Hilfe brauchen? Querulanten soll man massregeln, es müssen wieder vermehrt Time-Outs eingeführt werden und die Eltern müssen stärker in Pflicht genommen werden. Diese Eltern brauchen eine andere Hilfe, und dafür ist nicht die Schulsozialarbeit zuständig. Wenn wir den Stellenplan aufstocken, erhalten die Querulanten noch mehr Aufmerksamkeit. Diese soll man aber separieren und ihnen die nötige Hilfe schenken. Die Schule muss eine neue Schnittstelle schaffen zwischen den Klassenlehrpersonen, den Querulanten und der Gemeinde, Sozialhilfe und Kinderschutz. Die 80 % der Kinder, die problemlos sind, dürfen nicht immer noch mehr behindert werden.

Vizeammann Daniela Weber erklärt, dass es diese Schnittstelle bereits gibt. Die Zusammenarbeit zwischen den Klassenlehrpersonen und der Schulsozialarbeit funktioniert sehr gut. Wenn wir Querulanten in ein Time-Out schicken müssten, würde es richtig teuer. Time-Out heisst nämlich nicht mehr, dass diese Schüler einfach sechs Wochen aus dem Unterricht genommen werden können, sondern sie müssen während sechs Wochen sonderbeschult werden. Aber es ist schon so: Die Schulsozialarbeit ist nicht dazu da, um Disziplinarprobleme zu lösen, sondern um den Kindern zu helfen, wenn sie es selber nicht mehr schaffen.

Herr **Matthias Glauser** gibt zu bedenken, dass es nicht reicht, wenn die schwachen Kinder erst nach mehreren Wochen Hilfe erhalten. Wenn man zu einem Psychologen gehen will, muss man lange warten. Man muss früh eingreifen, wenn das Problem da ist. Es ist schwierig, ausgebildetes Fachpersonal zu finden. Wenn Eltern Schicht arbeiten müssen, können sie nicht gleichzeitig zu den Kindern schauen. Nicht alle Eltern können es sich leisten, dass die Mutter zu Hause bleibt und die Kinder betreut. Wenn man sagt, 80 % der Kinder seien problemlos, dann sind die andern 20 % eine grosse Anzahl, die Hilfe brauchen. Die Stellenplanerhöhung soll darum angenommen werden.

Herr **Beat Gräub** weist darauf hin, dass die Schulsozialarbeit ein niederschwelliges Angebot ist, damit Kinder mit Problemen niederschwellig Unterstützung erhalten. Es ist wichtig, dass sie nicht noch lange warten müssen wie beim Schulpsychologischen Dienst. Den braucht es dann gar nicht, wenn man das Problem bereits in der Schulsozialarbeit lösen kann. Die Unterscheidung zwischen Querulanten und Kindern, die Hilfe benötigen, kann man so nicht halten. Häufig sind die Grenzen fließend. Darum hilft die Schulsozialarbeit auch denjenigen Kindern, die keine Probleme haben, damit sich die Lehrpersonen wieder auf den Unterricht konzentrieren können. Es ist wichtig, dass Mobbing-situationen von professionellen Fachleuten gelöst werden. Es gibt eben auch Kinder, die unter solchen Situationen leiden, obwohl sie eigentlich keine Probleme haben und eigentlich lernen möchten. Schulsozialarbeit ist präventiv und daher auch relativ günstig im Vergleich zu sonstigen Stellen wie KESB.

Herr **André Siegrist** arbeitet als Schulleiter in einer kleineren Gemeinde im Bezirk Baden. Gemäss den Empfehlungen des BKS sind die beantragten 250 Stellenprozente in der Schulsozialarbeit noch zu wenig. Das BKS geht von rund 80 Stellenprozente pro 300 Kinder aus. Bei 1400 Kindern wären wir bei ungefähr 370 Stellenprozente. Das Geld, das für die Schulsozialarbeit bewilligt wird, spart die Gemeinde über Jahre hinaus wieder ein im Bereich Sozialdienst oder im Bereich Poli-

zei/Justiz, weil ein Kind auf die richtige Bahn gelenkt werden konnte. Die Stellenplanerhöhung soll deshalb angenommen werden, es ist sogar noch zu wenig.

Herr **Marcel Rüegger** hält einleitend fest, dass sich die FDP Rothrist der finanziellen Lage der Gemeinde bewusst ist. Wir haben viele Investitionen bewilligt und müssen diese finanzieren. Darum ist die Partei mit der Erhöhung des Steuerfusses auf 115 % einverstanden. Eine generelle Ablehnung des Budgets kommt für die FDP nicht in Frage. Zum Traktandum Schulsozialarbeit fand anfangs November eine Parteiversammlung statt. Nach ausführlicher Diskussion hat die Mehrheit der Anwesenden entschieden, dass dem Antrag so nicht zugestimmt werden kann. Die Erläuterungen zum Antrag sind verständlich und nachvollziehbar. Die Wichtigkeit der Arbeit wird in keiner Weise bestritten. Es gibt allerdings Fragen zu den Zahlen. Wenn der Kanton sagt, für 300 bis 350 Schüler braucht es 50 bis 60 Prozent, gibt es bei 1400 Schülern im Schnitt ein Pensum von 240 Prozent. Wenn man von 50 Prozent für 350 Schüler ausgeht, gäbe es sogar nur ein Pensum von 203 Prozent, also weniger als wir aktuell haben. Wenn der aktuelle Stellenplan immer noch den Kantonsvorgaben entspricht, können wir es so lassen. Wir sprechen schon länger von steigenden Schülerzahlen und dass wir bald mehr als 10'000 Einwohner haben, trotzdem haben wir diese Marke noch nicht erreicht. In den Erläuterungen wird auch erwähnt, dass die Gemeinde Vordemwald möglicherweise im Schuljahr 2027/28 die Schulsozialarbeit in Rothrist einkaufen wird. Die FDP ist darum der Ansicht, dass wir im Jahr 2026 noch bei den 210 Stellenprozenten bleiben sollten. Für das Budget 2027 kann die Gemeinde dann eine Erhöhung vorschlagen, wenn die Rothrister Zahlen effektiv ansteigen und dann kann auch gleichzeitig der Bedarf für die Schule Vordemwald eingeplant werden.

Nachdem sich niemand mehr zu Wort meldet, schreitet der Gemeindeammann zur Abstimmung. Die Stellenplanerhöhung für die Schulsozialarbeit an der Schule Rothrist von 210 % auf 250 % (exkl. Leitung) wird mit 196 Nein- zu 144 Ja-Stimmen abgelehnt.

TRAKTANDUM 4

Budget 2026

Gemeindeammann Ralph Ehrismann weist einleitend darauf hin, dass anlässlich der Informationsveranstaltung vor einer Woche sehr ausführlich über die finanzielle Ausgangslage und das Budget orientiert wurde. Das Ziel des Gemeinderates bei der Budgeterstellung ist es jeweils, langfristig keine untragbare Verschuldung für zukünftige Generationen zu haben. Die Verschuldung soll deutlich unter 2'500 Franken pro Einwohner sein. Wir wollen auch langfristig ein ausgeglichenes Budget. Wir wollen aber auch keinen Investitions- und Unterhaltsstau. Wenn wir eine Steuerfusserhöhung machen, dann so, dass wir danach ein ausgeglichenes Budget haben. Es macht keinen Sinn, den Steuerfuss zu erhöhen und immer noch ein Defizit auszuweisen. Das gesamte Fremdkapital soll auf einer vernünftigen Höhe bleiben. Es darf nicht sein, dass wir plötzlich Millionen ausgeben müssen, wenn die Zinsen ansteigen. Die Gemeinde baut keine Luxusbauten, sondern zweckmässige und dauerhafte Bauten.

Der Vorsitzende erläutert ausführlich die Zusammensetzung der einzelnen Kostenblöcke wie Transferaufwand (44 %), Personalaufwand (25 %), Abschreibungen, Sach- und Betriebsaufwand. Im Transferaufwand sind 11,9 Millionen Franken an den Kanton enthalten. Der Transferaufwand hat gegenüber dem Vorjahr um rund 680'000 Franken zugenommen. Der Personalaufwand ist aufgrund dem von der Gemeindeversammlung bewilligten Stellenplan, dem Personalreglement und den Arbeitsverträgen mehr oder weniger gegeben. Im Budget 2026 ist 1 % Lohnerhöhung enthalten, das entspricht rund 100'000 Franken.

Zu einzelnen Budgetpositionen gibt der Vorsitzende weitere Erklärungen ab und zeigt zur besseren Illustration einige Folien.

Anschliessend erläutert **Vizeammann Daniela Weber** den Investitionsplan mit der Aufgaben- und Finanzplanung der Jahre 2026 bis 2030. Der Gemeinde gehören mehr als 40 Liegenschaften. Unser Leiter Betriebe und Liegenschaften macht ein professionelles Immobilienmanagement. Wir wollen keinen Investitionsstau. Wir können die Gebäude nicht einfach verkaufen, wir brauchen diese für unsere Kinder, für die Einwohner und für die Verwaltung. Die Gemeindeversammlung hat in den vergangenen Jahren verschiedene Verpflichtungskredite bewilligt. Sowohl der Gemeinderat als auch die Finanzkommission haben jeweils darauf hingewiesen, dass diese Projekte auch finanziert werden müssen. Seit vier Jahren weist der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung darauf hin, dass eine Steuerfusserhöhung in absehbarer Zeit unumgänglich sein wird. Wir haben immer betont, dass wir nicht unendlich hohe Schulden machen wollen. Ob 35 Millionen oder 40 Millionen scheint nicht so viel auszumachen. Eine Steuerfusserhöhung um 5 % ergibt rund 1 Million Franken Mehreinnahmen. Bei einem Steuerfuss von 115 % beträgt die Nettoschuld pro Einwohner rund 1'220 Franken, ohne Steuerfusserhöhung sind es 1'700 Franken. Gemäss Kanton sind 2'500 Franken tragbar. Rothrist ist aber immer gut gefahren, wenn versucht wird, im Gleichgewicht zu bleiben, wenn der Steuerfuss vor einem grossen Investitionsberg erhöht wird, damit er später auch wieder gesenkt werden kann. Auf einer Grafik zeigt Frau Weber auf, was eine Steuerfusserhöhung um 5 % für die einzelnen Einkommenskategorien tatsächlich ausmachen würde.

Abschliessend betont Frau Weber die Vorzüge der Gemeindeversammlung und der direkten Demokratie. Wir können heute über das Budget diskutieren und Änderungsanträge stellen. Das Budget als Ganzes abzulehnen ist keine Lösung, dies bedeutet Stillstand und das wollen wir nicht.

Herr **Martin Bossert** nimmt im Namen der Finanzkommission zum Budget Stellung. Nur mit der Einberechnung einer Steuererhöhung von 5 % auf neu 115 % konnte das Budget 2026 auf ein knapp positives Resultat von rund CHF 29'000 gebracht werden. Diese Zahl berücksichtigt aber auch schon die Entnahme aus der Aufwertungsreserve von rund CHF 1.26 Mio. - eine buchhalterische Korrektur, die jedes Jahr um CHF 100'000 schrumpft und die Rothrist darum immer wieder zusätzlich finanzieren können muss. Die aussagekräftigste Zahl bleibt darum das operative Ergebnis, welches trotz der geplanten Steuererhöhung noch immer bei rund minus CHF 1.23 Mio liegt. Man kann sich jetzt also gut vorstellen, worauf die gleiche Berechnung hinausläuft, wenn man keine Steuererhöhung machen würde. Anstatt bei einem knapp positiven Resultat von rund CHF 29'000 zu starten, ist dann die Ausgangslage ohne Steuererhöhung bei minus CHF 940'000. Die Konsequenz: Ein operatives Ergebnis von etwa minus CHF 2.2 Mio. Dies ist beunruhigend - und der Grund, warum das Zofinger Tagblatt Mitte Oktober schrieb: "Sparen reicht in Rothrist nicht mehr".

Zur Vollständigkeit muss noch hervorgehoben werden, dass auch die Spezialfinanzierungen nicht ausser Acht gelassen werden dürfen. Die Abwasserbeseitigung schliesst nämlich mit einem Resultat von rund minus CHF 400'000, die Fernwärme mit rund minus CHF 550'000 und die Abfallwirtschaft mit einem Plus von gerade einmal CHF 3'000. Insgesamt ergibt sich also ein weiteres Minus von rund CHF 950'000. Bei der Abwasserbeseitigung wird dieser Zustand zwar aktuell bewusst so beibehalten, um Reserven aufzulösen, doch auch diese sind limitiert. Bezüglich der Fernwärme wurde der Finanzkommission mitgeteilt, dass an einer Lösung gearbeitet werde. Wichtig bleibt, dass von diesen Betrieben ein positives operatives Ergebnis herbeigeführt werden muss, was aktuell nicht der Fall ist.

Diese finanziell angespannte Situation hat die Arbeit der Finanzkommission dieses Jahr einiges aufwändiger und anspruchsvoller gemacht als in den Vorjahren. In der diesjährigen Budgetsitzung mit dem Gemeinderat wurden intensive Diskussionen geführt, wo zahlreiche Budgetposten und Investitionsvorhaben hinsichtlich ihrer Höhe aber auch ihrer Notwendigkeit hinterfragt wurden. Unüblicherweise musste sogar eine zweite Sitzung mit dem Gemeinderat einberufen werden, um kritische Punkte aus Sicht der Finanzkommission klären zu können.

Das Fazit der Finanzkommission lässt sich folgendermassen zusammenfassen: Die Aufwände der Gemeinde Rothrist steigen stetig und nicht unbedeutend an. Die betrieblichen Aufwände waren im Jahr 2024 noch bei rund CHF 38.3 Mio., für 2025 wurden bereits CHF 39.6 Mio. budgetiert (also plus CHF 1.3 Mio.) und für das Budget 2026 werden sogar CHF 41 Mio. angesetzt (nochmals plus CHF 1.4 Mio.). Das ist also eine Zunahme von etwa CHF 2.7 Mio. über einen Zeitraum seit 2024, und das obwohl nur ein sehr geringes Einwohnerwachstum zu verzeichnen ist.

Die Finanzkommission ist sich natürlich bewusst, dass grosse Komponenten dieser Aufwände, wie etwa der Transferaufwand, der rund 45 % der betrieblichen Aufwände ausmacht und direkt vom Kanton eingefordert wird, kaum beeinflusst werden können. Logischerweise sind auch Personalaufwände von bestehenden und bewilligten Stellen (ca. 25 % der Aufwände) nur schwer zu kürzen, speziell auch im aktuellen Marktumfeld, wo gut ausgebildetes und erfahrenes Personal knapp ist. Schliesslich lassen sich auch bei Abschreibungen von schon abgeschlossenen Projekten keine Kürzungen vornehmen, was weiteren rund 10 % entspricht. Ohne noch weiter in die Details zu gehen bleiben also weniger als 20 % der Aufwände, die vielleicht irgendwie zu einem limitierten Teil kurzfristig beeinflussbar sind. Das ist erstens nicht viel und zweitens beinhaltet dies viele Posten, die direkt bei der breiten Bevölkerung spürbar werden.

Die Finanzkommission ist mit dieser Situation alles andere als zufrieden. Rothrist hat sich finanziell in die Enge manövriert und damit den ohnehin schon kleinen, aber bedeutenden Spielraum weiter eingeschränkt. Damit wir also jetzt, und auch künftig, schwierige und zeitaufwändige Debatten über Kürzungen von Kleinstbeträgen, welche die Rothristerinnen und Rothrister am empfindlichsten treffen, vermeiden können, müssen griffigere Massnahmen getroffen werden.

Die Finanzkommission empfiehlt folgende drei Massnahmen:

1. Zu den Investitionen und Abschreibungen: Ein kompletter Stillstand und Aufschub von wichtigen und dringenden Investitionen ist eher keine Lösung, weil diese früher oder später sowieso getätigt werden müssen. Um aber vergleichbare Situationen wie die jetzige künftig zu vermeiden, sind folgende zwei Punkte zentral:
 - Es braucht eine ausgeglichene Planung von Investitionsprojekten über die Zukunft, die priorisiert sind nach Wichtigkeit und Dringlichkeit, um plötzliche finanzielle Engpässe zu vermeiden und die Steuerzahlenden nicht mit massiven Abschreibungskosten zu belasten.
 - Projekte die geplant werden, sollen dem finanziellen Rahmen von Rothrist und dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit (das heisst dem besten Kosten/Nutzen Verhältnis) entsprechen.

Der Gemeinderat wird gebeten, künftig bei neuen Anträgen zu jeglichen Investitionen nicht nur die Kosten des jeweiligen, gerade vorliegenden Projekts individuell zu präsentieren, sondern diese jeweils auch im Kontext von allen im Planungs- und Budgetzeitraum noch anstehenden Investitionsvorhaben darzustellen. Auch soll klar dargelegt werden, inwiefern eine Investition lediglich ein Ersatz von bestehender Infrastruktur ist und inwiefern sie als Erweiterung betrachtet werden kann. Dies schafft wichtige Transparenz für die Bevölkerung.

2. Zu anderen betrieblichen Aufwänden: Vor einem Jahr hat die Finanzkommission schon darauf hingewiesen, dass der Kanton - trotz solider Finanzzahlen - eine Aufgaben- und Leistungsanalyse in Auftrag gegeben hat, um seine Ausgaben sorgfältig zu prüfen und nicht mehr notwendige Leistungen zu reduzieren. Damals schloss Martin Bossert mit den Worten: "In einer Zeit, in der die Ausgaben der Gemeinde Rothrist stetig steigen und der Gemeinderat regelmässig mit Steuererhöhungen droht, wäre ein solches Vorgehen auch für Rothrist empfehlenswert." Leider wurde in dieser Hinsicht bisher noch nichts unternommen.

Die Finanzkommission bittet den Gemeinderat also nochmals, eine Aufgaben- und Leistungsanalyse durchzuführen, um für die nächste Legislaturperiode einen klaren Aufgaben- und Leistungskatalog vorweisen und dadurch auch fundierte Sparmassnahmen vorlegen zu können. Denn wenn die Ausgaben - wie in den vergangenen Jahren - gleich weiter ansteigen, dann kann die Finanzkommission, für die Sicherstellung der finanziellen Stabilität, weitere Engpässe und schlimmstenfalls weitere Steuererhöhungen nicht ausschliessen.

3. Zum Steuerfuss: Auch wenn die vorher genannten Massnahmen wichtig sind und Wirkung zeigen können, sind dies nur zukunftsgerichtete Werkzeuge. Es ist aber die Verantwortung des Gemeinderates, ein Haushaltsgleichgewicht sicherzustellen, also dass die Aufwände durch die Erträge gedeckt sind. Das Gleichgewicht kann ohne die heute beantragte Steuererhöhung nicht mehr gewährleistet werden und würde uns in eine noch verzwicktere Lage bringen. Auch wenn zähneknirschend, bittet die Finanzkommission die Bevölkerung darum, die Steuerfusserhöhung auf 115 % anzunehmen. Sie ist für eine gesunde Finanzlage unabdingbar - und bezahlen müssen wir die Rechnung sowieso. Auf unser Ziel, den Steuerfuss wieder senken zu können, wenn sich die angespannte Lage wieder etwas beruhigt hat, wird die Finanzkommission hinarbei-

ten. Dabei muss sie aber auch auf die Stimmbevölkerung zählen können, denn schliesslich hat diese es - wie auch heute - in der Hand über neue, später nur schwer beeinflussbare Aufwände zu bestimmen, zum Beispiel anstehende Stellenplanerhöhungen. Die Finanzkommission bedankt sich darum schon jetzt für sorgfältige Entscheidungen in dieser Hinsicht.

Die Finanzkommission beantragt, das Budget 2026 gutzuheissen, da es formal korrekt ist und ein Stillstand der Gemeinde verhindert werden soll. Die Finanzkommission bedankt sich beim Gemeinderat, beim Leiter Finanzen und beim Gemeindeschreiber für ihre umfassende Arbeit und ihren Einsatz für unsere Gemeinde. Für Ralph Ehrismann, unseren Gemeindeammann, ist dies die letzte Gemeindeversammlung, die er leiten darf. Wir danken ihm für seinen grossen Einsatz für die Gemeinde in den vergangenen Jahren, speziell auch mit der Finanzkommission, und wünschen ihm alles Gute sowie viel Freude auch ausserhalb des Gemeinderats.

Herr **Hans Rudolf Ammeter** erinnert daran, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im kommenden Jahr keine oder nur eine bescheidene Lohnerhöhung erhalten werden, welche von der Teuerung gleich wieder aufgeessen wird. Als Steuerzahler macht man ein Budget, damit es Ende Jahr aufgeht und damit auch die Steuern gezahlt werden können. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass er sich auf Augenhöhe mit den Steuerzahlern begibt und ein Budget präsentiert, in welchem die Ausgaben den Einnahmen angepasst sind.

Herr **Robert Bär** wundert sich zunächst, dass die Anzahl Stimmberechtigter heute noch gleich hoch sein soll wie vor einem Jahr. **Der Gemeindeammann** entgegnet, dass sich die Einwohnerzahl nicht wesentlich verändert hat. Die Zahlen werden ihm jeweils von den Einwohnerdiensten bekanntgegeben, sie werden sicher stimmen. **Robert Bär** erinnert daran, dass die Abschlüsse in den vergangenen Jahren immer wesentlich besser als budgetiert waren, es konnten sogar Schulden abgebaut werden. Darum war eine Steuerfusserhöhung bis heute nicht vertretbar. Bei den Steuereinnahmen stützt sich der Gemeinderat primär auf eine Schätzung des Kantons. Weil man sich in den letzten Jahren regelmässig verschätzt hat, sollte der Gemeinderat die Zahlen auch dieses Jahr mit Vorsicht betrachten - besonders jetzt, nachdem vom Kanton die neuen umstrittenen Immobilien-Schätzwerte eingetroffen sind. Mit den höheren Steuerwerten und Eigenmietwerten werden die Steuereinnahmen im 2026 steigen. Im Jahr 2027 werden auch die Einkommenssteuern steigen, weil sich die 13. AHV-Rente auswirken wird. Der Gemeinderat begründet die geplante Steuerfusserhöhung mit den hohen Investitionen, die in den nächsten Jahren anfallen werden. Dazu findet man in den Budgeterläuterungen Grafiken. Es wäre hilfreich, wenn auch aufgeführt würde, wofür diese Millionen geplant sind. Wenn man weiss, wie viel investiert werden soll, weiss man doch auch, was die einzelnen Ausgabenposten kosten. Herr Bär möchte wissen, ob es rechtlich möglich wäre, über grosse Investitionen, zum Beispiel mehr als 3 Millionen, an der Urne abstimmen zu lassen. So wären diese Investitionen von einer grösseren Anzahl Stimmberechtigter abgeseget, denn Unterschriften sammeln für ein Referendum ist sehr mühsam. Bei der Infrastruktur, öffentlichen Bauten und Schulhäusern kann der Bedarf kaum abgestritten werden. Bei der Wiggertalstrasse und beim Umbauprojekt am Bahnhof wurden Millionen Investitionen quasi erzwungen. Es hiess jeweils, bei einer Ablehnung dieser Kredite gingen grosse Subventionen verloren. Beim Projekt Wiggertalstrasse beträgt der Anteil von Rothrist 8,3 Millionen. Die unnötigen aber teuren flankierenden Massnahmen wurden vom Gemeinderat nie angezweifelt, sie wurden sogar als "Schnäppchen" bezeichnet. Den grossen Umbau vom Rössligebiet und

der Bernstrasse, um den Durchgangsverkehr abzuschrecken, könnte man sich sparen, es gibt andere, billigere Massnahmen für diese Verkehrslenkung. Der Umbau vom Bahnhofareal mit Busbahnhof kostet uns auch 9,5 Millionen. Es werden Millionen Franken investiert in eine Flaniermeile Bernstrasse und in eine weitere Begegnungszone beim Bahnhof für Drogenhändler und ihre Kundschaft. Bei der Badi wurde der Treffpunkt bereits gebaut und beim Rössliplatz ist ebenfalls ein solcher Begegnungsplatz geplant. Auch wenn die beiden Kredite für die Wiggertalstrasse und den Bahnhofplatz von schwach besuchten Gemeindeversammlungen schliesslich bewilligt worden sind und realisiert werden, ist Herr Bär heute gegen eine Steuerfusserhöhung. Damit wir für das Jahr 2026 ein genehmigtes Budget haben und nicht noch eine Gemeindeversammlung nötig wird, stellt er folgenden **Gegenantrag**: Das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2026 sei mit dem bisherigen Steuerfuss von 110 % zu genehmigen.

Gemeindeschreiber Stefan Jung nimmt kurz zur Frage von Robert Bär Stellung, ob es rechtlich möglich wäre, über grössere Kredite direkt an der Urne abzustimmen und nicht zuerst die Gemeindeversammlung zu befragen. Dies ist jedoch nach dem aargauischen Gemeinderecht nicht möglich. Man muss im Aargau immer zuerst an der Gemeindeversammlung über einen Kredit abstimmen lassen. Wenn jemand mit dem Ergebnis nicht zufrieden ist, kann allenfalls das Referendum ergriffen werden. Diese Regelung ist ganz bewusst so, denn nur an der Gemeindeversammlung kann man über ein Sachgeschäft diskutieren und Gegenanträge stellen, an der Urne kann man aber nur ja oder nein stimmen.

Frau **Gabriela Rügger**, Leiterin Museum, erinnert daran, dass die Gemeinde vor rund 40 Jahren ein grosses Geschenk erhalten hat. Frau Miescher hat der Gemeinde ein Millionenerbe vermacht mit der Auflage, ein Heimatmuseum für die Rothristler Bevölkerung einzurichten. Diese moralische Verpflichtung sind wir bei der Entgegennahme des Erbes eingegangen. Der damalige Gemeinderat hat den Willen der Verstorbenen respektiert und das Bauernhaus mit der Remise zu einem wunderschönen Heimatmuseum umgebaut. Vor vier Jahren wurde Frau Rügger angestellt, um das Heimatmuseum zu leiten. Mit einem tollen Team setzt sie die wunderbare Aufgabe um, unsere Heimatgeschichte erlebbar zu machen, mit Geschichten von vergangenem Leben zu füllen, mit heute zu vergleichen und in die Zukunft zu blicken. In diesem Jahr durften wir schon fast 1'000 Besucherinnen und Besucher empfangen, inbegriffen Schulklassen. Das alles machen sie mit einem kleinen Budget. Es ist kein Geld vorhanden, um Objekte einzukaufen. Die meisten Objekte sind Schenkungen von Einwohnern und Heimweh-Rothristern, die seit 1968 gesammelt worden sind. Um ohne grossen finanziellen Aufwand spannende Ausstellungen zu organisieren, ist das Team sehr kreativ und lässt sich einiges einfallen. Zum Beispiel konnte für die Ausstellung zur Auswanderung viel Material vom Landesmuseum Zürich übernommen werden. In der Sonderausstellung "Kreative Rothristlerinnen und Rothristler" haben die Ausstellenden den Besuchern ihre Künste selber vorgezeigt. Bald kann man wieder Adventsgeschenke suchen, welche in den letzten Jahren verschiedene Unternehmungen aus der Region liebevoll zusammengestellt und gespendet haben. So stellt das Team mit viel Einsatz und Kreativität und Unterstützung durch Drittpersonen immer wieder wunderbare Sachen auf die Beine. Einsatz ist Arbeitsleistung. Im vorliegenden Budget hat der Gemeinderat die Fixkosten für die Entschädigung des Museumsteams von CHF 18'000 auf CHF 15'000 gekürzt. Dies war ein schwerer Schlag. Für das Budget 2025 wurde die Entschädigung für das Team auf einen Betrag von CHF 18'000 gesetzt, damit die Stundenentschädigung ungefähr so hoch ist wie in den umliegenden Museen. Ohne vernünftige Entschädigung sind neue Mitarbeiter schwierig zu finden. Aus diesem

Grund hat die Gemeindeversammlung ja zusätzliche Leistungen für das Gemeindepersonal bewilligt. Dem Museum wurden einige weitere dringende Aufwendungen auch gestrichen. Dies ist nicht überraschend, auch das Museum muss sparen. Aber die unverzichtbare Arbeit des Teams noch geringer vergüten zu wollen, für eine Ersparnis von CHF 3'000, ist nicht nachvollziehbar. Dass der Gemeinderat an der Infoveranstaltung vom 20. November und auch heute zur Steuererhöhung ausführlich erklärt hat, dass bei den Personalkosten der Gemeinde unmöglich Einsparungen vorgenommen werden können, gibt zu denken. Diese Ungleichbehandlung muss aufgedeckt werden. Beim Museums-Team handelt es sich zwar nicht um eigentliches Gemeindepersonal und es erhält darum in der strikten Definition keinen Lohn, und seit 2022 gibt es auch keine Museumskommission mehr, aber die Mitarbeitenden sollten eine faire und mit den umliegenden Museen vergleichbare Vergütung für ihre Arbeit erhalten. Der Gemeinderat ist also sehr wohl bereit, Kürzungen bei der Vergütung an Personen vorzunehmen, die im weiteren Sinne einen Dienst für die Gemeinde leisten, aber nicht beim eigenen Personal. Das ist nicht in Ordnung. Frau Rügger stellt den **Antrag**, dass der Budgetbetrag im Konto 3111.3000.01, (Heimatismuseum, Sitzungs- u. Taggelder für Behörden, Kommissionen) wie im Vorjahr bei CHF 18'000 belassen werden soll.

Herr **Martin Bossert** spricht als Privatperson. Das Museums-Team macht eine tolle Arbeit. Er unterstützt den Antrag von Gabriela Rügger, damit das Team wieder gleich viel Geld zur Verfügung hat. Herr Bossert hat aber eine andere Budgetposition gefunden, die gestrichen werden könnte, ohne dass es jemanden richtig schmerzt. Er stellt den **Antrag**, dass im Konto 6150.3132.00 (Gemeindestrassen, Honorare externe Berater, Gutacher) der Betrag von CHF 20'000 für die Prüfung von Tempo-30-Zonen ersatzlos gestrichen wird.

Der Gemeindeammann erklärt, dass der Gemeinderat vermehrt Anträge für Tempo-30-Zonen erhält. Er möchte nicht in jedem Fall eine Studie erstellen lassen, sondern die Situation gesamthaft beurteilen.

Herr **Naveen Hofstetter** fragt sich, welcher Steuerfuss für Rothrist noch attraktiv ist. Als er seinerzeit nach Rothrist zog, waren ihm drei Dinge wichtig: Erstens der tiefe Ausländeranteil, zweitens der tiefe Steuerfuss und drittens die zentrale Lage. Nur die zentrale Lage ist geblieben. Der Ausländeranteil ist in den letzten 20 Jahren massiv gestiegen und der Steuerfuss lag damals bei 100 %. Danach wurde er auf 105 % erhöht, später auf 110 % und nun soll er auf 115 % steigen. Angesichts der Ausgaben bis 2030 ist klar, dass wir für die nächsten Generationen auf 120 % gehen müssen. Die masslose Zuwanderung hat in der Agglomeration Zofingen und auch in Rothrist massiven Einfluss und ist auch ein Grund, dass es immer mehr Infrastruktur braucht, was für alle mehr kostet. Der einzelne Bürger hat immer weniger Geld und bei den hohen Fixkosten ist es kaum noch möglich, irgendwo zu sparen. Für viele wird es immer schwieriger, die Steuern zu bezahlen. Es ist nun an der Zeit, den einzelnen Bürger endlich zu entlasten, anstatt noch zusätzlich zu belasten.

Der Gemeindeammann weist nochmals darauf hin, dass der Kanton die Gemeinde Rothrist mit etwa CHF 688'000 für die Pflegeheime mehr belastet, das können wir nicht beeinflussen. Der Kanton spart auf Kosten der Gemeinden. Es wäre an unseren Grossräten, diese Aufgabenteilung wieder einmal zu hinterfragen.

Herr **Angelo Ries** stellt fest, dass viele Arbeitnehmenden nur eine bescheidene oder gar keine Lohnerhöhung erhalten werden. Die Teuerung beträgt 0,2 %. Herr Ries stellt den **Antrag**, die Lohnsumme des Gemeindepersonals nicht um 1,0 %, sondern lediglich um 0,5 % zu erhöhen. Dadurch können CHF 50'000 gespart werden.

Der Gemeindeammann bestätigt, dass im Budget eine Lohnsummenerhöhung von 1,0 % eingestellt wurde. Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass dieser Betrag vom Gemeinderat ausgeschöpft wird. Im Zeitpunkt der Budgetierung ist jeweils noch nicht bekannt, wie hoch die Teuerung tatsächlich sein wird und was andere Firmen machen.

Frau **Barbara Wiget** spricht sich für die Annahme des Budgets aus. Der Gemeinderat gibt sicher kein Geld aus, wenn es nicht nötig ist. Den Antrag, den Betrag für die Tempo-30-Gutachten zu streichen, kann sie absolut nicht unterstützen. Viele Eltern sind froh, wenn der Schulweg sicher ist. Es geht darum abzuklären, wo gefährliche Stellen sind und was dagegen unternommen werden kann.

Herr **Samuel Hänni** stellt fest, dass die kantonalen Steuerprognosen in den vergangenen Jahren immer zu tief waren. In den letzten sechs Jahren haben wir um mindestens 1 Million über dem Budget abgeschlossen. Aktuell haben wir eine günstige Finanzierungslage. Selbst wenn wir für 5 Millionen 2 % Zins zahlen müssten - was heute undenkbar ist - würde es nur CHF 100'000 kosten. Aktuell haben wir keine Pro-Kopf-Verschuldung. Wenn wir den Steuerfuss behalten, kommen wir bis im Jahr 2030 auf eine Verschuldung von CHF 1'700 pro Person, gemäss Kanton sind aber CHF 2'500 erlaubt. Schliesslich soll Rothrist auch ein attraktiver Steuerstandort sein. Oftringen hat 113 %, Vordemwald 118 %, Murgenthal 118 % und Aarburg 116 %. Wir alle wollen, dass unser Dorf attraktiv bleibt und dass wir attraktive Steuerzahler anziehen können. Zum Thema Lohnerhöhung: Es gibt viele Unternehmen, denen es nicht so gut läuft und dann ist es selbstverständlich, dass es keine Lohnerhöhung gibt. Die Mitarbeiter akzeptieren dies so.

Herr Hänni stellt den **Antrag**, das vorliegende Budget mit einem unveränderten Steuerfuss von 110 % anzunehmen, aber ohne die 1-prozentige Lohnerhöhung.

Herr **Patrick Kilchenmann** ist der Meinung, dass eine Steuerfusserhöhung um 5 % eine riesige Hürde ist. Wäre es nicht möglich, pro Jahr 1 oder 2 % zu erhöhen? Auf Nachfrage des Gemeindeammanns präzisiert Herr Kilchenmann, dass er **beantragt**, den Steuerfuss lediglich um 2 % auf 112 % zu erhöhen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, erklärt der Gemeindeammann das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird über den Änderungsantrag von Gabriela Rügger abgestimmt, wonach die Budgetposition 3111.3000.01 von CHF 15'000 auf CHF 18'000 zu erhöhen sei. Danach wird über den Änderungsantrag von Martin Bossert abgestimmt, wonach im Konto 6150.3132.00 der Betrag von CHF 20'000 für die Prüfung von Tempo-30-Zonen ersatzlos gestrichen werden soll. Anschliessend werden die Anträge zur Lohnsummenerhöhung für das Gemeindepersonal (Gemeinderat 1,0 %, Angelo Ries 0,5 %, Samuel Hänni 0,0 %) ausgemittelt. Schliesslich werden die Anträge zum Steuerfuss (Gemeinderat 115 %, Patrick Kilchenmann 112 %, Robert Bär 110 %) ausgemittelt. In der Schlussabstimmung wird dann noch über das bereinigte Budget abgestimmt.

Abstimmung

1. Der Änderungsantrag von Gabriela Rügger wird mit grossem Mehr angenommen.
2. Der Änderungsantrag von Martin Bossert erreicht 277 Ja-Stimmen und damit das absolute Mehr. Der Antrag ist damit ebenfalls angenommen.
3. Die erste Abstimmung zur Lohnsummenerhöhung ergibt folgendes Resultat:

- Antrag Gemeinderat (1,0 %):	46 Stimmen
- Antrag Angelo Ries (0,5 %):	140 Stimmen
- Antrag Samuel Hänni (0,0 %):	149 Stimmen

Der Antrag des Gemeinderates scheidet somit aus.

Die zweite Abstimmung zur Lohnsummenerhöhung ergibt folgendes Resultat:

- Antrag Angelo Ries (0,5 %):	190 Stimmen
- Antrag Samuel Hänni (0,0 %):	146 Stimmen

Dem bereinigten Budget 2026 wird somit eine Lohnsummenerhöhung um 0,5 % zu Grunde gelegt.

4. Die erste Abstimmung zum Steuerfuss ergibt folgendes Resultat:

- Antrag Gemeinderat (115 %):	64 Stimmen
- Antrag Patrick Kilchenmann (112 %):	51 Stimmen
- Antrag Robert Bär (110 %):	232 Stimmen

Nachdem der Antrag von Robert Bär für die Beibehaltung des Steuerfusses von 110 % das absolute Mehr erreicht hat, kann auf eine weitere Abstimmung verzichtet werden.

Dem bereinigten Budget 2026 wird somit ein unveränderter Steuerfuss von 110 % zu Grunde gelegt, was ein entsprechendes Defizit zur Folge hat.

5. In der Schlussabstimmung wird das bereinigte Budget 2026 mit einem unveränderten Steuerfuss von 110 % mit grossem Mehr, bei vereinzelt Gegenstimmen, angenommen.

TRAKTANDUM 5

Verschiedenes und Umfrage

Herr **Angelo Ries** meint in den Erläuterungen zum Budget gelesen zu haben, dass Rothrist CHF 86'000 für Bussenzettel ausgegeben bzw. nach Zofingen überwiesen hat. Er fragt sich, ob die Polizei auch einmal in Rothrist präsent ist, damit man diese Bussenzettel auch brauchen kann.

Der Gemeindeammann kann den genannten Betrag nicht nachvollziehen. Tatsache ist, dass die Firma X Protect im Auftrag des Gemeinderates den ruhenden Verkehr in der Gemeinde kontrolliert und dafür brauchen sie Bussenzettel mit QR-Code. Von Zeit zu Zeit müssen neue Bussenblöcke bestellt werden.

Der Leiter Finanzen Peter Baumgartner präzisiert, dass die Bussenzettel in der Position 1110.3102.00 (Drucksachen, Publikationen) enthalten sind. Dafür wurden CHF 2'200 im Budget eingesetzt.

Vizeammann Daniela Weber bedankt sich zunächst für die heutige konstruktive Diskussion, auch wenn nicht alle Anträge des Gemeinderates angenommen wurden. Das ist gelebte Demokratie.

Anschliessend verabschiedet Daniela Weber den **Gemeindeammann Ralph Ehrismann**, welcher heute seine letzte Gemeindeversammlung geleitet hat. Er hat unsere Gemeinde während acht Jahren mit Herzblut, Fachwissen und Weitsicht geprägt. Sein politischer Weg in Rothrist hat in diesem Saal begonnen, an einer Gemeindeversammlung im Jahr 2005, als er den Stimmberechtigten die Gemeindefinanzen erklärt hat - ruhig, verständlich und mit einer Begeisterung für Zahlen, was sofort spürbar war. Kein Wunder, dass er postwendend angefragt wurde für die Finanzkommission, der er dann während zwölf Jahren angehörte, unter anderem als Präsident. Am 1. Januar 2018 trat er gleichzeitig sein neues Amt als Gemeinderat und als Gemeindeammann an - sozusagen von Null auf Hundert. Nur zwei Tage später fegte der Sturm "Burglind" über unsere Gemeinde. Ein umgestürzter Baum beschädigte das Dach des Waldhauses. Dort, auf dem Dach des Waldhauses, hat Daniela Weber Ralph Ehrismann zum ersten Mal besser kennengelernt. Eine Begegnung, die sinnbildlich war: Mitten im Sturm, wo man gemeinsam anpackt. Eine Begegnung, die auch sinnbildlich für die zukünftige Zusammenarbeit geblieben ist: Optimale Teamarbeit, wo jeder seine Stärken hat und die Schwächen des andern auffängt. Nur wenige Wochen später, am 21. Februar 2018, kam es zum Grossbrand im Strebelareal - ein Ereignis, das die Gemeinde und den Gemeinderat bis heute beschäftigt und uns bis vor Bundesgericht geführt hat. Das Hochwasser der Pfaffnern im Sommer 2021 war das dritte Elementarereignis, das Ralph Ehrismann während seiner Amtszeit gefordert hat. In seiner Amtszeit hat er 15 ordentliche und zwei ausserordentliche Gemeindeversammlungen geleitet, drei davon unter Corona-Massnahmen in der Dreifachhalle. Einzig die Versammlung vom Juni 2020 fiel dem Versammlungsverbot zum Opfer. Er hat stets mit Umsicht, Sachverstand und einem feinen Gespür dafür, was die Menschen bewegt, geführt. Die Amtszeit von Ralph war geprägt von Stabilität und Innovationskraft. Als Ressortvorsteher Finanzen hat er mit grosser Fachkompetenz dafür gesorgt, dass wir erst heute von einer Steuerfusserhöhung gesprochen haben. Die Gemeinde konnte nämlich bis jetzt immer mit einem Überschuss abschliessen. Dadurch konnten die Investitionen der letzten Jahre zum grössten Teil eigenfinanziert werden. Zu diesen Investitionen zählten zum

Beispiel der Erwerb des Doppelkindergartens im Breitenareal im Jahr 2019, die Sanierung des Schulhauses Dörfli 5 oder die ganze Umrüstung der Strassenbeleuchtung auf LED im Jahr 2022. Neben seiner Rolle als Gemeindeammann hat Ralph auch ausserhalb des Gemeindehauses viel Verantwortung übernommen: Als Verwaltungsratspräsident der EW Rothrist AG und vom Pflegeheim Luegenacher, als Verwaltungsrat der erzo KVA, als Vorstandsmitglied von zofingenregio und als Vertreter im Führungsausschuss der regionalen Wirtschaftsförderung. Ralph hat immer über die Gemeindegrenzen hinausgedacht. Mit grossem Engagement hat er sich zusammen mit dem gesamten Gemeinderat und der Region für den geplanten Zusammenschluss der Elektrizitätswerke Rothrist, Oftringen und Zofingen eingesetzt. Nach dem Volksentscheid gegen die Fusion hat er schnell wieder nach vorne geschaut und mit der gleichen Energie daran gearbeitet, die EW Rothrist AG eigenständig und zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Ihm war es immer wichtig, dass der Gemeinderat als Gesamtgremium funktioniert und dass Kollegialität nicht bloss eine Floskel ist, sondern gelebte Zusammenarbeit. Ralph hat den Teamgeist gefördert, Vertrauen geschaffen und den Zusammenhalt gestärkt. Auch planerisch hat er bleibende Spuren hinterlassen: Bei der Umsetzung der revidierten Bau- und Nutzungsordnung sowie beim Anstoss zur Entwicklung der wichtigen Gebiete Bahnhof, Dörfli, Breiten und Rössli. Ralph hat in den letzten Jahren mit grosser Hingabe, Fachwissen und Herz geführt. Legendär sind auch seine magischen Auftritte am Neujahrsapéro. Er hat die Gemeinde durch Stürme, Hochwasser und schwierige Entscheide begleitet - immer mit einem klaren Blick aufs Wesentliche, einem Flair für Zahlen und einem offenen Ohr für die Menschen. Er hinterlässt eine Gemeinde, die finanziell gesund, planerisch klar ausgerichtet und menschlich geführt ist. Dass er nach acht Jahren von sich aus gesagt hat, dass er sich für keine weitere Legislatur zur Verfügung stellen werde, respektieren wir. Wir wünschen Ralph eine erholsame und wohlverdiente Pension und danken ihm für alles (*lang anhaltender Applaus*).

Ralph Ehrismann bedankt sich mit sympathischen Worten für diese Würdigung und die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung, und natürlich auch bei seiner Frau Margreth, die ihm immer den Rücken freigehalten hat. Schliesslich bedankt er sich auch bei der Bevölkerung für das Vertrauen.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, dankt der Vorsitzende allen Anwesenden für ihr Erscheinen und lädt zu einem kleinen Umtrunk im Foyer ein.

Die Einwohnergemeindeversammlung ist um 22.50 Uhr zu Ende.

Für getreues Protokoll zeugt

Dr. Ralph Ehrismann, Gemeindeammann: Stefan Jung, Gemeindeschreiber: